

CVP GENERALSEKRETARIAT

PH, CVP Schweiz, Klaraweg 6, Postfach 5835, 3001 Bern

An den Vorsteher
des eidgenössischen Finanzdepartements
Herrn Bundesrat Hans-Rudolf Merz
Bundesgasse 3
3003 Bern

Bern, 2. November 2006

Anhörung zur E-Government-Strategie Schweiz und zur Rahmenvereinbarung Bund und Kantone

Sehr geehrter Herr Bundesrat Merz
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 15. September hat der Bundesrat seine e-Government-Strategie und die dazugehörige Rahmenvereinbarung Bund-Kantone in die Anhörung bei Kantonen, Städten und Gemeinden geschickt. Für die CVP ist dieses Thema von hoher Wichtigkeit. Wir erlauben uns deshalb, Ihnen unsere Überlegungen auch aus Sicht der Partei darzulegen.

Wir begrüssen es sehr, dass der Bundesrat mit der vorgelegten Strategie dem Bereich e-Government hohe Priorität einräumt. Die vorgelegten Unterlagen weisen aus unserer Sicht allerdings Lücken auf, welche noch geschlossen werden müssen. In der Folge möchten wir auf die aus unserer Sicht vordringlichsten Mängel eingehen:

1. e-Health-Strategie wird aus der e-Government-Strategie herausgelöst

e-Health-Projekte sind in der Liste der priorisierten Vorhaben nicht zu finden. Damit wird der gesamte e-Health-Bereich von der eigentlichen e-Government-Strategie abgekoppelt. Diese Abkoppelung ist nicht sinnvoll und bedeutet Synergieverluste, die wir für untragbar halten. E-Health müsste nach unserer Meinung einen Kernbereich der e-Government-Strategie darstellen.

Christlichdemokratische Volkspartei

Klaraweg 6, Postfach 5835, 3001 Bern
T 031 357 33 33, F 031 352 24 30,
info@cvp.ch, www.cvp.ch, PC 30-3666-4

Wenn heute parallel und mit anderen Verantwortlichkeiten an der Einführung einer Patientenkarte gearbeitet wird, so droht diese nicht kompatibel zum Gesamtsystem zu werden. Das Projekt der elektronischen Patientenkarte wird im Departement des Inneren wieder mit einer eigenen Identifikationsnummer konzipiert. Damit erfolgt erneut der Aufbau eines Parallelsystems, welches dann beispielsweise mit den Sozialversicherungen – hier insbesondere der IV – nicht kompatibel ist.

Überhaupt müssten nach Ansicht der CVP die Bemühungen nun dahingehend koordiniert werden, dass eine elektronische Bürgerinnen und Bürgerkarte geplant und implementiert würde: Auf dieser könnten nicht nur die relevanten medizinischen Daten gespeichert werden, sie würde sich für die gesamte Palette an elektronischen Behördendienstleistungen eigenen und beispielsweise auch für das e-Voting zum Einsatz gelangen.

2. Aus- und Weiterbildung

Die Aus- und Weiterbildung kommt in der e-Government-Strategie nicht vor. Offensichtlich will der Bundesrat gerade in der Aus- und Weiterbildung nicht auf die neuen Technologien setzen. Das ist unserer Ansicht nach ein Fehler: Hier bleibt ein Schlüsselterrain unbeackert, welches für die Zukunft von zentraler Bedeutung ist.

3. Kultur

Kulturelle Projekte und Dienstleistungen, welche in der Strategie des Bundesrats zum Wandel zur Wissensgesellschaft noch eine grosse Rolle finden, sind in seiner e-Government-Strategie nicht mehr enthalten. Offensichtlich hat ein Wechsel in den Prioritäten stattgefunden, welcher nicht begründet wird und für uns so auch nicht nachvollziehbar ist.

4. Roadmap

An sich ist die CVP davon ausgegangen, dass der Bundesrat zusammen mit der Liste der prioritären Vorhaben eine konkrete Roadmap in die Anhörung schickt: Diese müsste verbindliche Terminvorstellungen und klare Verantwortlichkeiten enthalten. Erst sie definiert, mit welchem Tempo entsprechende elektronische Dienstleistungen umgesetzt werden. Offensichtlich ist die Erstellung der Roadmap noch in Arbeit. Unseres Erachtens

kann die e-Government-Strategie sinnvollerweise nur gemeinsam mit einer Roadmap verabschiedet werden.

5. Rolle der Gemeinden bleibt offen

Die e-Government-Strategie beschränkt sich nun auf einen Entwurf, für eine öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen. Die Rolle der Gemeinden ist dabei zu wenig definiert, obwohl sie im e-Government eine Schlüsselstellung innehaben. Auch die Rahmenvereinbarung bleibt inhaltsleer, wenn keine konkrete Roadmap festlegt mit welchen Projekten vorangegangen werden soll, und wie die Finanzierung geregelt ist.

Wir sind aus den dargelegten Gründen mit der vorgelegten Strategie deshalb nicht zufrieden. Wir hoffen, dass der Bundesrat die aufgezeigten Lücken im Zuge der Anhörung eliminiert und fehlende Bestandteile nachliefert.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig.

Sig.

Christophe Darbellay, Nationalrat
Präsident

Reto Nause
Generalsekretär